



Wird die alte Ghega-Bahn noch für längere Zeit die einzige Bahnquerung des Semmering bleiben?

APA/JAEGER

Semmeringtunnel wird wieder politisches Thema

Die Frage, ob Gutachter für den Tunnel befähigt sein könnten, beschäftigt jetzt auch das Parlament – in Form einer Anfrage der Grünen.

FRANZ POTOTSCHNIG

Mitte Jänner wurde im Hotel Panhans das eisenbahnrechtliche Verfahren zum Semmering-Basistunnel abgewickelt. 38 Gutachter standen dem Publikum Rede und Antwort, und nach dem Verfahren war der allgemeine Tenor: Auch diese Hürde ist jetzt gemeistert.

Aber bereits Mitte Februar wurde von der „Alliance for Nature“ eine Sachverhaltsdarstellung an die oberste Eisenbahnbehörde gesandt, in der die Unabhängigkeit zahlreicher Gutachter in Zweifel gezogen wird. Die „Alliance“, vertreten vom Ingenieurbüro Josef Lueger, beruft sich auf den Paragraphen 31 im Eisenbahngesetz, in dem es heißt, dass

Sachverständige nur dann mit Gutachten beauftragt werden dürfen, wenn sie „nicht mit der Planung betraut waren oder sonstige Umstände vorliegen, die die Unbefangenheit oder Fachkunde in Zweifel ziehen“.

Das Büro Lueger hat sich die Tätigkeit aller Sachverständigen angesehen und bei zwölf der 38 Gutachter festgestellt, dass sie bereits für die ÖBB gearbeitet haben oder in sonstiger Geschäftsbeziehung mit der Bundesbahn stehen und deshalb nicht als Gutachter tätig sein dürften.

Der Verfassungsjurist Heinz Mayer sieht hier laut „Presse“ einen schwerwiegenden Einwand. Wenn es schwierig sei, hierzulande Eisenbahnfachleute zu finden, die noch nicht mit den ÖBB zu

tun hatten, dann müsse man eben im Ausland suchen.

Jetzt stellen die Grünen eine Anfrage im Parlament an Verkehrsministerin Doris Bures. Laut ÖBB-Pressesprecher Christopher Seif rechnet man aber nicht mit einer Verzögerung: „Wir gehen davon aus, dass die Gutachter wirtschaftlich von den ÖBB unabhängig sind. Und einige Vorwürfe sind überhaupt vollkommen falsch.“

Sollten aber die Kritiker recht bekommen und die Gutachten der kritisierten Fachleute neu erstellt werden, müsste nicht nur das eisenbahnrechtliche Verfahren, sondern auch die Umweltverträglichkeitsprüfung neu aufgerollt werden. Dies hieße eine Verzögerung um mehrere Jahre.

LESERBRIEF

Schnapsidee

(Zum Bericht „Wirbel um Alkoholsteuer“ vom 22. Februar)

Der Städtebund hat anscheinend bei der Bundesregierung eine Anleihe genommen, nach dem Motto: Kasse leer, neue Steuer her! Selbst wenn wir wollten, könnten wir gar nicht so viele neue Steuern einführen, wie die Ausgaben für die Sozialhilfverbände steigen. So sind die Gemeindeeinnahmen in der Kleinregion Hochschwab Süd (Aflenz Kurort, Aflenz Land, Etmüßl, St. Ilgen, Thörl und Turnau) von 2000 bis 2010 durchschnittlich um 14 Prozent gestiegen, die Ausgaben für den Sozialhilfverband aber um 160 Prozent. Das heißt, die Gemeindehaushalte sind ausgabenseitig zu sanieren.

Die steirischen Gemeinden haben 2010 240 Millionen Euro für Sozialhilfe ausgegeben – ohne Hauskrankenpflege. Das sind 40 Prozent des Gesamtaufwands, die restlichen 60 Prozent zahlt das Land. Diese 600 Millionen Euro pro Jahr ergeben hochgerechnet einen Bedarf von rund 4,2 Milliarden Euro pro Jahr österreichweit. Die Bundesregierung aber will einen Pflegefonds, jährlich dotiert mit 360 Millionen Euro, einrichten – der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Der einzige Ausweg aus dieser Misere ist die von der Kleinregion Hochschwab Süd geforderte Pflegeversicherung, die alle Leistungen der sozialhilfverbände abdeckt. Alle Erwerbstätigen und Pensionisten zahlen ein und haben dadurch einen Rechtsanspruch auf Hilfe. Eigenheim oder Eigentumswohnung der Hilfsbedürftigen sowie Einkünfte der Angehörigen werden nicht angegriffen. Der Regress wäre vom Tisch.

Die steirischen Gemeinden würden schlagartig von 240 Millionen Euro Ausgaben entlastet. Das wäre die Grundlage für eine Sanierung der Gemeindekassen. Die Einführung einer Gemeindealkoholsteuer ist dagegen (nomen est omen) eine Schnapsidee.

Hans Jobstmann,
SPÖ-Bürgermeister von Etmüßl